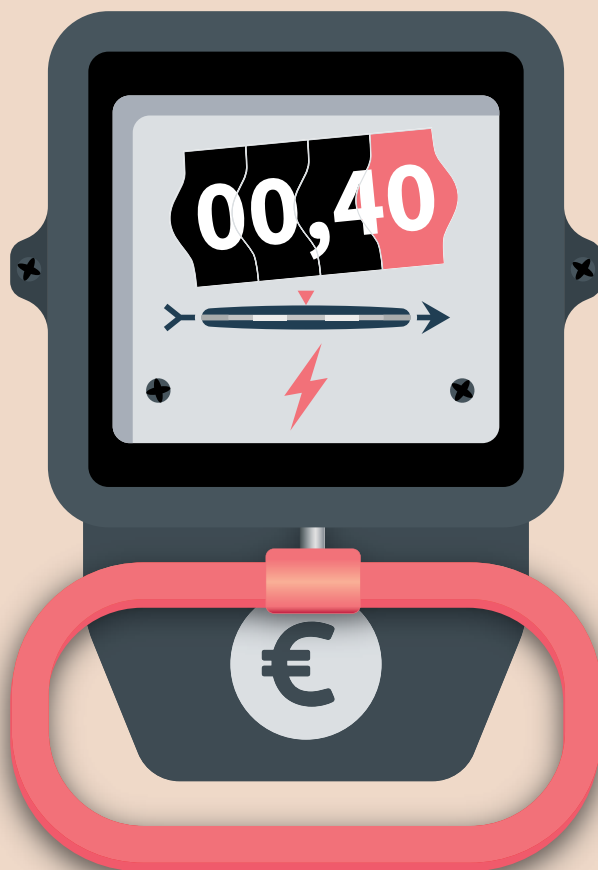


Abgebremst



Strompreise. Die Energiekrise hat auch die Kosten für Strom nach oben getrieben: Industrieunternehmen in Deutschland, die im Jahr 2022 einen neuen Vertrag abschlossen, mussten dreimal so viel bezahlen wie vor Ausbruch des Ukraine-Kriegs. Um die finanziellen Lasten der Betriebe und der Verbraucher abzufedern, hat die Bundesregierung eine Strompreisbremse eingeführt. Eine Preisbremse für Strom gibt es auch in Spanien und Portugal. Worin sich die beiden Ansätze unterscheiden und warum Deutschland den besseren Weg gegangen ist, erläutern die IW-Energie-ökonominnen Dennis Bakalis und Andreas Fischer im iwd-Interview. —> [Seiten 2-5](#)

IW-Konjunkturumfrage

Eine Mehrheit der deutschen Unternehmen rechnet für 2023 mit teils erheblichen Produktionsstörungen – auch wegen langfristiger struktureller Probleme.

—> [Seiten 6-7](#)

Arbeitsmarkt

Viele der ausländischen Beschäftigten, die in Deutschland in MINT-Berufen arbeiten und den Fachkräftemangel lindern, kommen aus Staaten außerhalb der EU.

—> [Seite 13](#)

Wer bremst besser?

Strompreise. Überall in Europa sind die Strompreise 2022 rasant gestiegen. Um die Verbraucher zu entlasten, gilt in Deutschland seit Jahresanfang eine Strompreisbremse. Spanien und Portugal haben bereits seit Mai 2022 eine Preisbremse für Strom. Doch welches Modell ist das bessere?

In Deutschland sind die Strompreise für Verbraucher von 2020 bis ins zweite Halbjahr 2022 deutlich gestiegen. Für Haushalte verteuerte sich Strom im Schnitt um knapp ein Viertel, die Industrie – für die der Strompreis ein wichtiger Faktor bei der Wahl des Produktionsstandorts ist – erlebte einen noch größeren Preisschock (Grafik):

Für Industriekunden haben sich die Strompreise in Deutschland in den vergangenen drei Jahren verdreifacht.

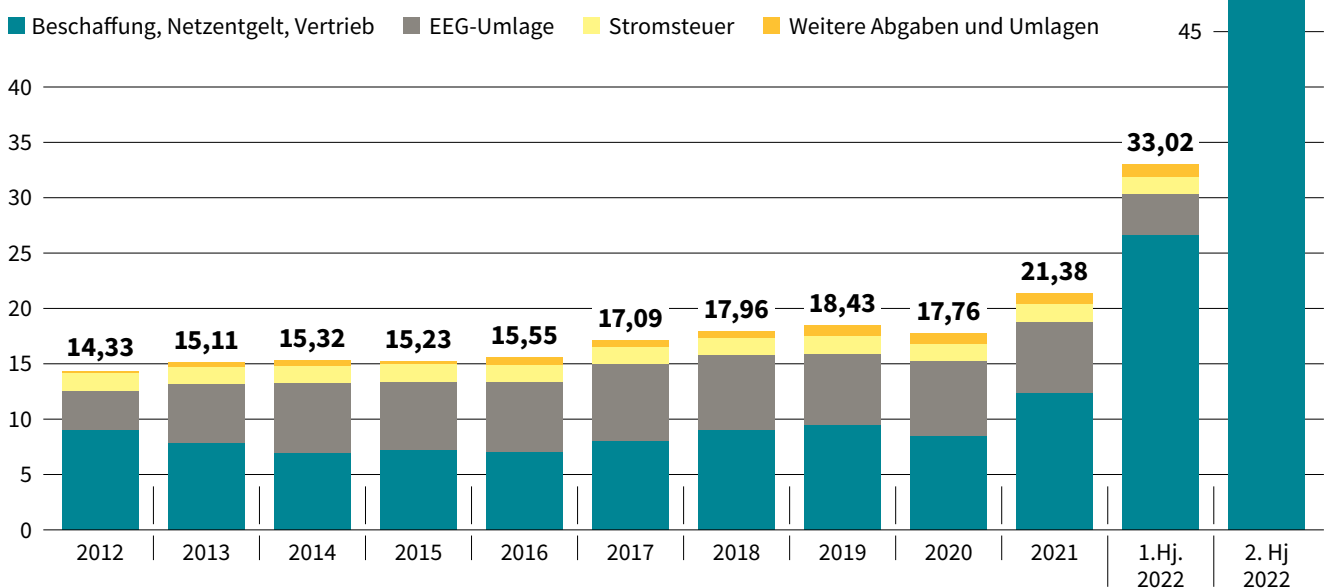
Die Preissprünge sind primär auf die höheren Beschaffungskosten zurückzuführen. Denn vor allem in Zeiten hoher Nachfrage wird an der Strombörse auf Strom zurückgegriffen, der in Gaskraftwerken produziert wird – und Gas ist seit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine besonders teuer geworden. Im August 2022 stieg der Börsenstrompreis in Deutschland für eine Megawattstunde zwischenzeitlich auf knapp 600 Euro. Zum Vergleich: Im Jahr 2020 lag der durchschnittliche

Großmarktpreis lediglich bei gut 30 Euro.

Um die Haushalte und Unternehmen zu entlasten, setzen viele Regierungen auf wirtschaftspolitische Eingriffe. So haben Spanien und Portugal im Mai 2022 mit Einwilligung der EU-Kommission eine koordiniert durchgeführte Preisbremse beschlossen, das sogenannte iberische Modell. Gas- und Kohlekraftwerke erhalten demnach eine Zahlung, die die Betriebskosten abflacht und zu niedrigeren Preisge-

Stromkosten: Das zahlt die Industrie

So viel Cent kostete eine Kilowattstunde Strom für Industriekunden in Deutschland bei Neuverträgen im Schnitt



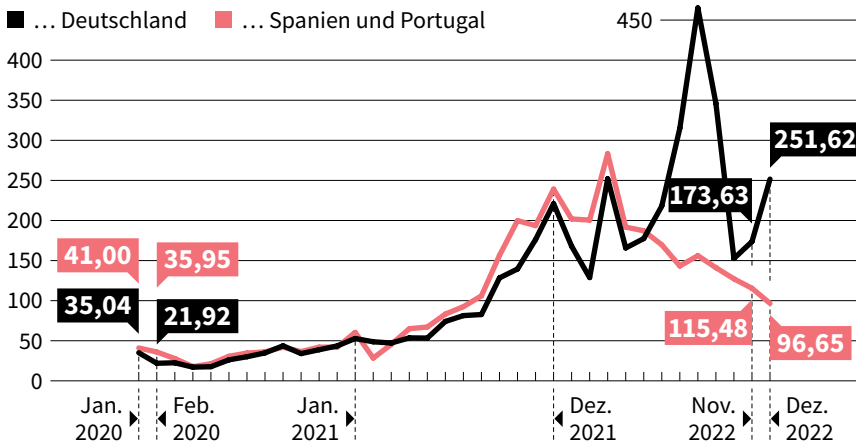
2022: zur Jahresmitte wurde das EEG abgeschafft

Weitere Abgaben und Umlagen: u. a. Aufschlag auf Netzentgelte zur Förderung von Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen, die Wärme und Strom generieren, sowie Umlage vor allem zur Finanzierung der Anschlüsse und der Anbindung von Offshore-Windanlagen ans Stromnetz

Quelle: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

Großhandelsstrompreise im europäischen Vergleich

So viel Euro kostete eine Megawattstunde Strom von der Strombörse in ...



Quelle: Fraunhofer ISE
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

boten an den Strombörsen führen soll. Die Summe ergibt sich aus der Differenz des jeweiligen Gaspreises und des staatlich bestimmten Referenzpreises. Die Kosten der Preisbremse werden auf die Haushalte umgelegt. Ziel ist es, die Strompreissteigerungen so weit zu reduzieren, dass die Ersparnisse höher sind als die zu entrichtende Abgabe.

Das iberische Modell setzt also vor der Preisbildung an den Strombörsen an. So werden vor allem Gaskraftwerke subventioniert, die ihren Strom dann günstiger an der Börse anbieten können. Tatsächlich funktioniert das Modell (Grafik):

Im August 2022 war der Börsenstrompreis in Spanien bereits knapp 10 Prozent niedriger als vor der Modelleinführung, während die Preise in Deutschland ihr bisheriges Rekordniveau erreichten.

Andererseits verzerrt der Preisdeckel das Knappheitssignal beim Gas: In den ersten Monaten nach Einführung der Preisbremse wurden in Spanien täglich bis zu 139 Gigawattstunden mehr Gas zur Stromerzeugung genutzt, als ohne diesen Eingriff zu erwarten gewesen wäre.

Vom iberischen Modell profitiert hat auch Frankreich, das deutlich mehr relativ günstigen Strom aus Spanien importieren konnte. In Frankreich waren die Stromkosten im vergangenen Jahr hoch, weil das Land nur wenig eigenen Strom erzeugen konnte – viele französische Atomkraftwerke waren außer Betrieb. Grundsätzlich ist die Stromversorgung der Iberischen Halbinsel aber deutlich weniger mit anderen europäischen Staaten vernetzt als etwa in Deutschland, sodass die Anreize, Strommengen aus Gas zu exportieren, begrenzt sind.

Apropos Deutschland: Die Bundesregierung beschloss im Dezember 2022 ebenfalls eine Preisbremse für Strom. Sie deckelt den Preis für Haushalte und kleinere Unternehmen auf 40 Cent je Kilowattstunde für ein Gesamtkontingent in Höhe von 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs. Für Unternehmen mit einem Jahresverbrauch von 30 Megawattstunden und mehr werden 70 Prozent des Vorjahresverbrauchs auf 13 Cent je Kilowattstunde gedeckelt – zuzüglich aller Netzentgelte, Steuern und weiterer Ab-

gaben. Die Kosten der Maßnahme soll eine Abgabe von Zufallsgewinnen decken: Dabei werden die Erlöse der Stromerzeuger oberhalb eines definierten Grenzwerts anteilig abgeschöpft, wobei Strom aus Erdgas und Steinkohle von der Regel ausgenommen sind.

Die deutsche Strompreisbremse greift somit erst nach der Preisbildung an der Strombörse und setzt direkt bei den Verbraucherpreisen an, wo sie als eine Art Transfer die zusätzliche Last der stark gestiegenen Großhandelspreise abmildert.

Die Preisbremsen in Deutschland und dem iberischen Marktgebiet unterscheiden sich vor allem hinsichtlich der gesetzten Verhaltensanreize. Grundsätzlich sollten Ausgleichsmaßnahmen wie diese berücksichtigen, dass Preise Knappheitssignale transportieren. Eine Implementierung des iberischen Modells auf europäischer Ebene ist daher schwer vorstellbar, da wichtige Sparanreize verzerrt werden und die Verbraucher weniger Strom und Gas sparen dürften.

Hinzu kommt, dass für Deutschland und viele weitere europäische Länder der Ersatz russischer Gaslieferungen eine große Herausforderung darstellt, während Spanien aufgrund der umfangreichen Importinfrastruktur für verflüssigtes Gas (LNG) und Pipelineverbindungen nach Nordafrika deutlich weniger betroffen ist. Die deutsche Strompreisbremse stellt ohnehin eher einen gedeckelten Rabatt als eine wirkliche Bremse dar. Denn durch die Ausgestaltung ergibt sich lediglich ein maximaler Zuschuss, mit dem die Verbraucher entlastet werden. Beim iberischen Modell fehlt diese Begrenzung und von dem dort gewährten Rabatt profitieren die Endkunden auch bei jeder weiteren verbrauchten Kilowattstunde, was jegliche Sparanreize beseitigt.

Interview. Aufgrund der Energiekrise entlasten viele Staaten, darunter auch Deutschland, unter anderem mit Preisbremsen die Gas- und Stromkunden. Inwiefern diese Maßnahmen den Ausbau der erneuerbaren Energien beeinträchtigen und warum Verbraucher sich mit einem Wechsel des Stromanbieters gerade so schwertun, erklären die beiden IW-Energieökonominnen **Dennis Bakalis** und **Andreas Fischer**.

„Es bleiben Sparanreize erhalten, das ist ein großes Plus“

Bremsen die Gas- und Strompreisbremsen die deutsche Energiewende aus?

Bakalis: Entscheidend ist, wie die Maßnahmen ausgestaltet werden. Dabei könnte der deutsche Ansatz einen potenziell negativen Effekt auf den Ausbau der erneuerbaren Energien haben. Denn die Entlastungen bei den gestiegenen Strom- und Gaspreisen sollen über die Abschöpfung sogenannter Überschusserlöse der Stromerzeuger finanziert werden, insbesondere von erneuerbaren Energien. Wenn diese Erlöse abgeschöpft werden, könnte das möglicherweise den Ausbau beeinträchtigen, da Investitionsanreize in neue Anlagen gemindert werden.

Fischer: Die Preiskrise an sich hat ebenfalls negative Effekte, beispielsweise weil die Investitionsmittel, die für die Energiewende gebraucht werden, in einigen Fällen durch die starken Preisanstiege einfach aufgefressen werden.

Verhindert die Preisbremse in Deutschland einen Wechsel der Verbraucher zu einem günstigeren Anbieter?

Fischer: Das ist gerade schwer zu beurteilen. Wir haben in den vergangenen Wochen und Monaten wieder erste Preisabsenkungen auf den Energiemärkten beobachtet. Es gibt deshalb wieder etwas günstigere Angebote für Strom und Gas. Aber die Verbraucher scheinen verständlicherweise zögerlich, zu wechseln. Denn sie haben im letzten und vorletzten Jahr gesehen, was passiert, wenn man zu günstigeren Anbietern wechselt und das Geschäftsmodell schiefeht. Das hat bei den betroffenen Verbrauchern letztlich in vielen Fällen zu höheren Kosten geführt.

Die Preisbremsen in Deutschland sollen Ende April 2024 auslaufen. Bis dahin ist die Energiekrise aller Voraussicht nach aber noch nicht vorbei ...

Fischer: Das ist nicht der springende Punkt. Die Frage ist, wann ist die akute Krise und damit die Unsicherheit in der Gasversorgung mit entsprechend starken Effekten auf die Preise vorbei. Klar ist: Wir werden auch mittel- bis langfristig etwas höhere Gaspreise in Europa haben als vor der Krise und das schlägt sich im Zweifel auch auf den Strompreis nieder. Wann genau wir hier dieses stabilere „New Normal“ erreichen, ist allerdings noch nicht ganz klar.

Die EU schaut überdies momentan aktiv auf die Strommärkte und arbeitet an einer Reform des Strommarktdesigns, sodass sich die Rahmenbedingungen künftig deutlich ändern könnten. Vor allem möchte die EU das Merit-Order-Prinzip, wonach die günstigsten Stromerzeuger bevorzugt werden, aber auch die teuerste noch benötigte Kilowattstunde den Börsenpreis setzt, auf den Prüfstand stellen.



Fotos: IW Medien

Welche anderen EU-Staaten haben ebenfalls Preisbremsen im Energiesektor etabliert?

Fischer: Spanien und Portugal haben eine Preisbremse für Strom eingeführt. Aber es gibt ja nicht nur Preisbremsen und ähnliche Maßnahmen. Viele Staaten, darunter auch Deutschland und Spanien, haben die Mehrwertsteuer auf Gas gesenkt. Das Abschöpfen und Umverteilen der sogenannten Zufallsgewinne von Energiekonzernen ist ein zusätzlicher Vorschlag, der von der EU kommt und von vielen Mitgliedsstaaten begrüßt wurde.

Ansonsten hatten wir schon vor der Energiekrise große Unterschiede in der EU: Frankreich etwa hat ebenfalls regulierte Stromtarife, wo große Mengen des Stroms zu einem Festpreis weiterverkauft werden.

Und welcher Ansatz funktioniert am besten?

Bakalis: Eine Intervention in den freien Markt ist immer schwer zu gestalten, da schnell ungewollte Folgeeffekte entstehen können, die bei den Anreizmechanismen der Marktteilnehmer ansetzen. Wenn wir den spanischen und den deutschen

Ansatz vergleichen, wird klar, dass die Mechanismen ganz anders wirken: In Spanien setzt die Preisbremse vor der Preisbildung an der Strombörse an und führt durch die forcierte Preissenkung potenziell auch zu einem Anstieg des Stromverbrauchs. Und es wird mehr Strom mithilfe von Gaskraftwerken erzeugt.

Wie sieht das denn in Deutschland aus?

Im deutschen Modell wirkt der Mechanismus nicht an den Strombörsen, sondern setzt an den Verbraucherpreisen für die Industrie und die Haushalte an. Zudem ist die finanzielle Entlastung begrenzt, weil sie nur für einen Teil des Vorjahresverbrauchs gilt. So bleiben Sparanreize erhalten und das ist ein ganz großes Plus.

Fischer: Bei diesen kurzfristigen Maßnahmen gibt es keine wirklich perfekte Lösung, da kommt es auch ganz auf die eigentliche Zielsetzung an. Wichtig sind die langfristigen Strategien, wie sie auch die EU verfolgt, um derartige Preisschocks auf den Energiemärkten künftig zu vermeiden: Ein Beispiel dafür ist das Stärken von langfristigen Lieferver-

trägen von grünem Strom, wodurch einerseits die Investitionen in erneuerbare Energien abgesichert werden, die Verbraucher andererseits aber eine höhere Preisstabilität haben.

Viele andere EU-Staaten kritisieren Deutschland für seine Gas- und Strompreisbremsen. Warum?

Fischer: Der Kritikpunkt der anderen Länder sind nicht unbedingt diese Maßnahmen an sich, sondern die 200 Milliarden Euro, die die Bundesregierung für den sogenannten Doppel-Wumms zur Verfügung stellen möchte. Die anderen Staaten werfen Deutschland vor, die heimische Wirtschaft mit 200 Milliarden Euro zu unterstützen und sich auf diese Weise einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Aber so ist es ja nicht. Erstens werden voraussichtlich aufgrund der Komplexität gar nicht alle Unternehmen in Deutschland die sogenannten Gas- und Strompreisbremsen in Anspruch nehmen und es profitieren davon ja vor allem auch die privaten Verbraucher. Zweitens umfasst die genannte Summe weit mehr als nur diese beiden Maßnahmen.

Die Warnleuchte blinkt

IW-Konjunkturumfrage. Die deutschen Unternehmen blicken mit Sorge auf das laufende Jahr. Viele Betriebe rechnen mit Produktionsstörungen, wie eine Auswertung der Konjunkturumfrage des IW belegt. Die Gründe dafür sind vielschichtig: Sowohl kurzfristige Lieferengpässe als auch langfristige strukturelle Probleme belasten die heimische Wirtschaft.

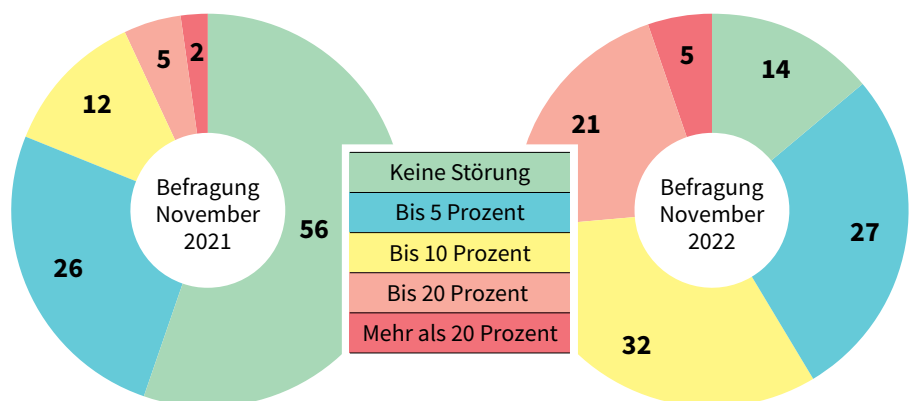
Materialengpässe und gestörte Lieferketten waren im vergangenen Jahr ein großes Problem für die deutsche Industrie. Durch den Mangel an Bauteilen und Rohmaterialien mussten bundesweit Firmen Beschäftigte in Kurzarbeit schicken oder die Fertigung komplett stoppen. Einige Indikatoren deuten nun darauf hin, dass sich die Probleme in diesen Bereichen in den vergangenen Monaten verringert haben. So lösen sich etwa die Staus in den Seehäfen weltweit allmählich auf. Also alles wieder gut für die deutsche Wirtschaft? Mitnichten!

Eine Auswertung der im November 2022 durchgeführten IW-Konjunkturumfrage zeigt, dass die Betriebe in Deutschland für das Gesamtjahr 2023 pessimistisch sind. Von den mehr als 2.500 befragten Unternehmen erwarten 39 Prozent einen Rückgang der eigenen Produktion, nur 26 Prozent gehen davon aus, dass sie mehr produzieren werden (siehe iwd 2/2023). Während die Industrie fast exakt im Schnitt der Gesamtwerte liegt und die Dienstleistungsfirmen eine nahezu ausgeglichene Bilanz aufweisen, sind die Sorgen im Baugewerbe besonders groß. Hier rechnen 54 Prozent der Betriebe mit reduzierter Tätigkeit.

Neben den branchenspezifischen Daten liefert die IW-Konjunktur-

Mehr Produktionsstörungen erwartet

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland rechneten mit diesem Ausmaß an Produktionsausfällen im Jahr 2023



Befragung von 2.842 Unternehmen im Jahr 2021 und 2.549 Unternehmen im Jahr 2022

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

umfrage auch Ergebnisse über Dauer und Ausmaß der erwarteten Produktionsstörungen. Die Tendenz geht demnach in die falsche Richtung (Grafik):

Der Anteil der Unternehmen, die im Zeitverlauf mit Beeinträchtigungen rechnen, steigt sukzessive.

Das heißt konkret: Im November 2022 konnten 34 Prozent der Betriebe in Deutschland ungestört produzieren. Für den Winter gingen nur noch 18 Prozent von störungsfreiem Arbeiten aus, mit Blick auf das gesamte Jahr 2023 reduzierte sich der Anteil weiter auf 14 Prozent.

Zugleich nimmt der Teil der Firmen, die größere Probleme erwarten, zu. Zum Zeitpunkt der Umfrage im November 2022 hatten 19 Prozent der Betriebe Ausfälle von bis zu 10 Prozent zu verkraften, 12 Prozent sprachen von bis zu 20 Prozent. Für 2023 erwarteten sogar 32 beziehungsweise 21 Prozent Störungen in diesen Größenordnungen.

Eine weitere Erkenntnis der Befragung lautet: Auch auf lange Sicht gehen die Betriebe nicht von einer deutlich besseren Lage aus.

Vier von fünf Unternehmen in Deutschland rechnen mit dauer-

haften Problemen in der eigenen Produktion.

Dabei sieht langfristig gut jeder achte Betrieb starke Störungen auf sich zukommen.

Verschiedene Faktoren sind für die eingeschränkte Produktion und den Pessimismus verantwortlich. Vor allem die hohen Energiekosten belasten viele Unternehmen und stellen den Standort Deutschland für die energieintensive Produktion auf den Prüfstand. So nennen von den Unternehmen mit mittlerer bis starker Beeinträchtigung im Jahr 2023 rund 60 Prozent die hohen Preise für Energie als Hemmnis. Ebenso viele geben die eingeschränkte Energieversorgung als Grund an. Keine andere Einflussgröße ist derart stark bei den Ursachen der Störungen vertreten.

Betrachtet man die Störfaktoren einzeln, hat der größte nichts mit der Energiefrage und damit der aktuellen geopolitischen Lage zu tun (Grafik):

77 Prozent der eingeschränkten Unternehmen klagen über fehlende Arbeitskräfte.

Besonders stark belastet die dünne Personaldecke den Dienstleistungssektor und die Bauwirtschaft. Aufgrund des demografischen Wandels dürfte sich der Mangel an Beschäftigten dauerhaft als großes Problem für die Unternehmen erweisen.

Aber auch die Lieferkettenschwierigkeiten sind noch nicht gänzlich ausgestanden. 42 Prozent der befragten Unternehmen berichten von fehlenden Vorleistungen, 39 Prozent von fehlenden elektronischen Bauteilen.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Infrastruktur. Eingeschränkte Transport- und Logistikooptionen bremsen 46 Prozent der Betriebe aus, generelle Mängel der Infrastruktur beklagen 36 Prozent.

Eine zunehmende Gefahr stellen zudem Cyber-Attacken dar. Mehr als 40 Prozent der beeinträchtigten Betriebe geben mittlere bis starke Effekte auf ihre Produktion durch Online-Angriffe an.

Die IW-Konjunkturumfrage zeigt, dass es in den Unternehmen derzeit

mehr Pessimisten als Optimisten gibt. Zwar haben sich die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft seit der Datenerhebung im November 2022 verbessert. Dennoch sollte nicht voreilig von rückläufigen Produktionsstörungen ausgegangen werden, zumal die Energieversorgung für das Gesamtjahr 2023 trotz Fortschritten nicht abschließend gesichert ist. Darüber hinaus könnte die Nachfrage aufgrund der hohen Inflation nachlassen.

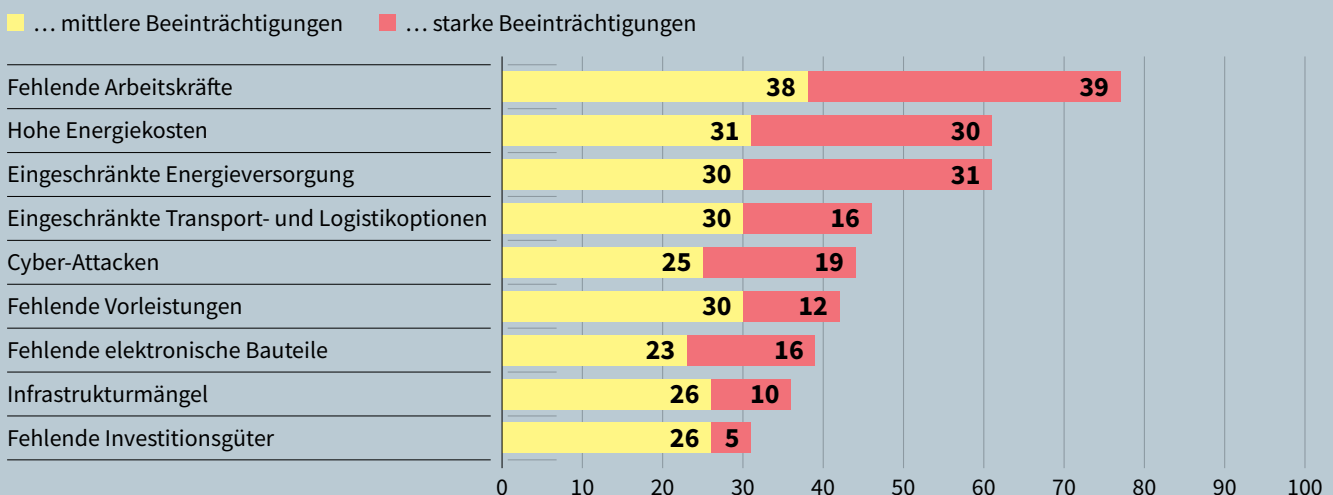
Vor allem die hohen Energiekosten könnten zur dauerhaften Belastung für die Betriebe werden. Die Politik hat die Möglichkeit, mit gezielten Maßnahmen gegenzusteuern und sollte dies auch tun. Damit sichert sie langfristig Investitionen sowie die Produktion am Standort Deutschland.

IW-Report 12/2023

Hubertus Bardt, Michael Grömling:
Energiekosten verschärfen Produktionsstörungen
iwkoeln.de/produktionsprobleme

Fachkräftemangel und teure Energie behindern die Produktion

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland erwarten aus diesen Gründen ... ihrer Produktion im Jahr 2023



Befragung von 2.549 Unternehmen im November 2022

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

Der Draht nach China

Globalisierung. Von China sind diverse Länder und Industriezweige mehr oder weniger wirtschaftlich abhängig. Welche Branchen mit dem Reich der Mitte am stärksten verflochten sind, hat das IW in einer neuen Studie analysiert.

Die Globalisierung sorgte jahrelang für mehr Wohlstand. Doch der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und der schwelende Konflikt zwischen China und Taiwan offenbaren die Schattenseiten der weltweiten Vernetzung. Denn durch wirtschaftliche Abhängigkeit werden außenpolitische Entscheidungen mitunter heikel. Das gilt nicht nur für Deutschland, dem eine besonders hohe Abhängigkeit von China nachgesagt wird.

Deshalb wird hier, aber auch innerhalb der EU seit einer Weile über die Verringerung zu hoher Abhängigkeiten diskutiert. Im Fokus steht dabei China. Das Reich der Mitte ist für viele

Wirtschaftszweige einer der stärksten Liefer- und Absatzmärkte.

Wie groß die Abhängigkeit der deutschen Industriebranchen von China ist, hat das Institut der deutschen Wirtschaft in einer neuen Studie untersucht. Die Forscher nutzten dabei die von Eurostat veröffentlichten FIGARO-Daten (Full International and Global Accounts for Research in Input-Output Analysis) für das Jahr 2020. Dadurch erhielten sie eine genaue Übersicht über die globalen Verflechtungen auf der Vorleistungsebene, also zwischen den Wirtschaftszweigen hier wie dort. Die reine Außenhandelsstatistik bietet diese Einblicke nicht.

Auf Länderebene zeigt sich, dass geografische Nähe zu besonders engen Beziehungen führt (Grafik):

Knapp 20 Prozent der Vorleistungen, die Japans Industrie im Jahr 2020 aus dem Ausland bezog, stammten aus China. Russland kam auf 16,5 Prozent.

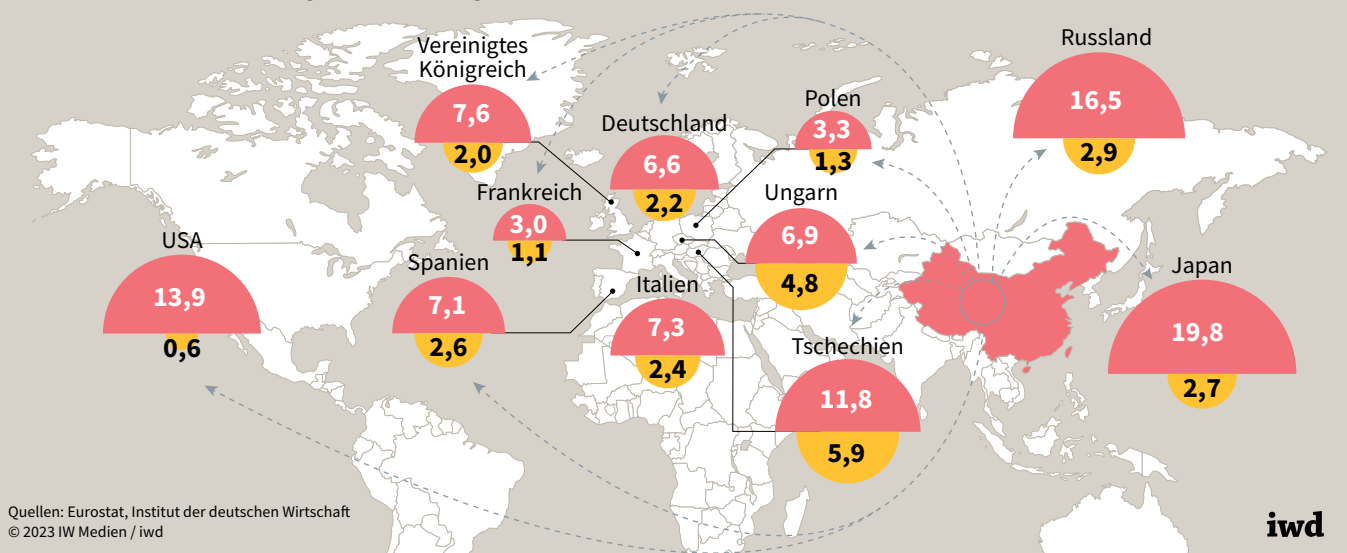
Auch die weiter entfernten USA und Tschechien erreichen zweistellige Werte. Deutschlands Industrie landet von den elf betrachteten Industrienationen mit einem Anteil von 6,6 Prozent auf Platz neun, ist also in dieser Hinsicht nicht besonders abhängig von China.

Zur Gesamtbilanz der Länder tragen die einzelnen Industriezweige

Vorleistungen aus China: Japan greift zu

So viel Prozent der ausländischen Vorleistungslieferungen für das Verarbeitende Gewerbe in diesen Industriestaaten stammten 2020 aus China

■ Anteil Chinas an allen bezogenen Vorleistungen des Verarbeitenden Gewerbes in Prozent



in höchst unterschiedlichem Maß bei. So machen chinesische Vorleistungen in Japans Textil- und Bekleidungssektor mehr als 55 Prozent der ausländischen Lieferungen aus. In der japanischen Kokerei und Mineralölverarbeitung sind es dagegen gerade einmal 3,5 Prozent.

Die Zahlen verdeutlichen, dass sich ein Blick auf die Ebene der Wirtschaftszweige lohnt. Eine solch extreme Abhängigkeit wie in der japanischen Textilindustrie gibt es in Deutschland zwar nicht. Dennoch erreichen die Anteile der Lieferungen aus China an allen Vorleistungsimpporten in sechs Industriezweigen zweistellige Werte. Am höchsten sind sie im elektrotechnischen Bereich:

Knapp ein Fünftel ihrer ausländischen Vorleistungen bezogen die deutschen Hersteller von Datenverarbeitungsgeräten, elektrischen und optischen Erzeugnissen im Jahr 2020 aus China.

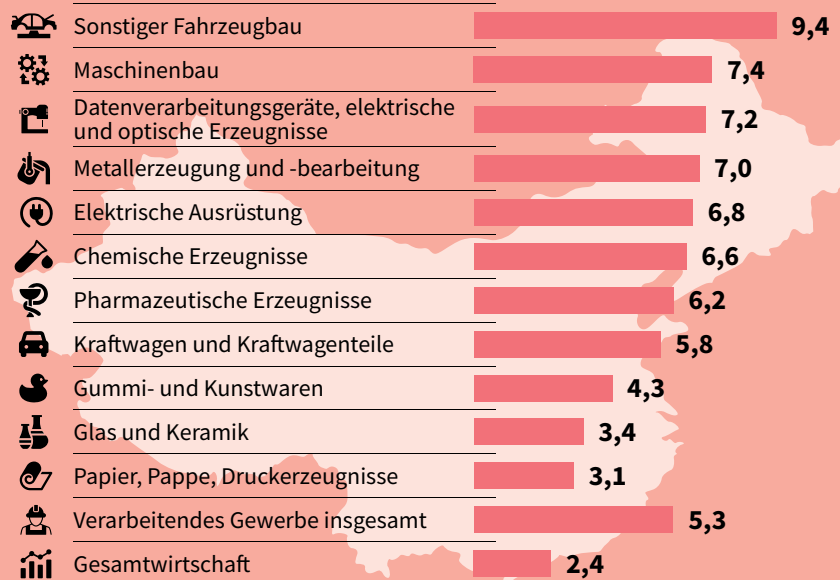
Bei den Produzenten elektrischer Ausrüstungen waren es gut 16 Prozent. Der in der Bundesrepublik traditionell starke Maschinenbau kaufte rund 10 Prozent seiner importierten Vorprodukte in China ein. Gering ist die Abhängigkeit bei den Herstellern von Nahrung, Getränken und Tabak (2,7 Prozent) sowie in der Pharmabranche (2,6 Prozent).

Im Gegenzug zu den Vorleistungseinfuhren aus China liefern deutsche Unternehmen auch selbst Vorprodukte ins Reich der Mitte. Dadurch könnte eine Abhängigkeit von China als Absatzmarkt entstehen. Die FIGARO-Daten zeigen, dass die deutsche Industrie gemessen an ihren globalen Exporten viel stärker Chinas Wirtschaftszweige mit Vorleistungen beliefert (Anteil 16,1 Prozent) als die dortigen Endverbraucher mit fertigen Waren (Anteil 9,5 Prozent).

Relativiert werden die deutschen Vorleistungslieferungen an China allerdings, wenn man auch die

Abhängigkeit von China: Wer ist betroffen?

So viel Prozent der Jobs in Deutschland in diesen Branchen hingen im Jahr 2018 direkt oder indirekt vom Exportgeschäft mit China ab



Branchenauswahl
 Quellen: OECD, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2023 IW Medien / iwd

iwd

Lieferungen einbezieht, die innerhalb Deutschlands zwischen den Branchen erfolgen. So liegt der Anteil Chinas an allen deutschen Vorleistungslieferungen der Industrie bei 7,2 Prozent.

Das IW hat anhand einer weiteren Datenquelle darüber hinaus berechnet, wie viele Arbeitsplätze in Deutschland in den einzelnen Wirtschaftszweigen vom Geschäft mit China abhängen. Weil die Erhebung der benötigten Daten, die neben Waren auch Dienstleistungen umfassen, aufwendig ist, sind die neuesten Angaben allerdings nur für das Jahr 2018 verfügbar (Grafik):

Im Sonstigen Fahrzeugbau waren 2018 rund 9 Prozent der hiesigen Arbeitsplätze von den Exporten nach China abhängig.

Im Maschinenbau war der Anteil mit gut 7 Prozent ebenfalls relativ hoch. In diesem Wirtschaftszweig sind mit rund 88.000 Stellen die meisten Jobs vom Handel mit China abhängig. Über alle Industriezweige hinweg

hingen im Jahr 2018 nur etwas mehr als 5 Prozent der Arbeitsplätze in Deutschland oder umgerechnet gut 400.000 Stellen direkt oder indirekt vom Export nach China ab.

Unterm Strich zeigen die Daten, dass China zwar ein bedeutsamer Lieferant und Abnehmer im deutschen Vorleistungshandel ist. Eine hohe Abhängigkeit besteht aber nur in wenigen Branchen wie beispielsweise der Elektroindustrie. Hier sind die Unternehmen gefordert, ihre Handelspartner stärker zu streuen beziehungsweise neue Partner in anderen Ländern zu finden. Die Politik sollte die Betriebe dabei unterstützen, etwa durch Freihandelsabkommen oder durch Delegationsreisen sowie mehr Investitions- und Exportkreditgarantien.

IW-Report 5/2023

Berthold Busch, Jürgen Matthes, Samina Sultan: Zur Abhängigkeit einzelner Industriezweige von China
iwkoeeln.de/handel_mit_china

Realismus ist gefragt

Europäische Union. Die Ukraine, aber auch andere ost- und südosteuropäische Länder möchten möglichst bald in die EU aufgenommen werden. Bis dahin sind nicht nur politische Hürden zu überwinden, auch der Abstand zur EU in Sachen wirtschaftliche Leistungsfähigkeit spricht gegen eine schnelle Aufnahme der Aspiranten. Daher gilt es, Alternativen auszuloten.

Im Juni 2022 setzte der Rat der Europäischen Union ein politisches Zeichen und erkannte der Ukraine sowie der Republik Moldau den Status eines Beitrittskandidaten zu. Vor allem die Ukraine möchte nun Tempo machen – laut Premier Denys Schmyhal will das Land schon Ende 2024 formal bereit für einen EU-Beitritt sein.

Auf dem EU-Ukraine-Gipfel Anfang Februar haben sich die Spitzen der EU allerdings zurückhaltend geäußert. Denn die Latte für eine Mitgliedschaft in der EU liegt hoch:

Erstens müssen die Staaten institutionell so stabil sein, dass unter anderem die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung garantiert ist.

Zweitens ist eine funktionierende Marktwirtschaft erforderlich und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck innerhalb der EU standzuhalten.

Drittens müssen die Beitrittskandidaten die mit der Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen erfüllen können und sich die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu eigen machen.

Die Herausforderungen sind also groß. Denn Stand heute streben weitere Länder, darunter sechs Westbalkanstaaten, danach, in die Europäische Union aufgenommen zu werden. Grund genug für einen

genaueren Blick auf die Kandidaten und ihre Beitrittsperspektiven:

Georgien, Moldau und die Ukraine. Mit diesen Ländern der sogenannten Östlichen Partnerschaft hat die EU 2014 jeweils ein Assoziierungsabkommen geschlossen, das die politischen und wirtschaftlichen Verbindungen stärken soll. Eine Beitrittsperspektive war mit den Abkommen nicht verbunden – und anders als Moldau und die Ukraine gilt Georgien trotz seines ebenfalls 2022 eingereichten Beitrittsgesuchs derzeit nur als potenzieller Beitrittskandidat. Die EU begründet dies vor allem mit institutionellen Defiziten des Landes.

Im Rahmen der Abkommen sollen die drei assoziierten Länder ihre Gesetzgebung und den Regulierungsrahmen – zum Beispiel in Sachen Produktvorschriften, geistiges Eigentum, Wettbewerbspolitik und Konsumentenschutz – an die Bestimmungen der EU annähern. Der bisherige Fortschritt:

Bis 2021 hat Georgien auf einer Skala von null (kein Fortschritt) bis drei (guter Fortschritt) bei der Umsetzung der wichtigsten Vorgaben aus dem Abkommen im Schnitt 2,2 Punkte erzielt. Die Ukraine und Moldau kamen auf 2,0 beziehungsweise 1,8 Umsetzungspunkte.

Dass es bis zu einer wirtschaftlichen Partnerschaft mit der EU auf Augenhöhe oder gar bis zur Beitritts-

reife noch ein weiter Weg ist, zeigt ein Blick auf einige ökonomische Kennziffern (Grafik Seite 11):

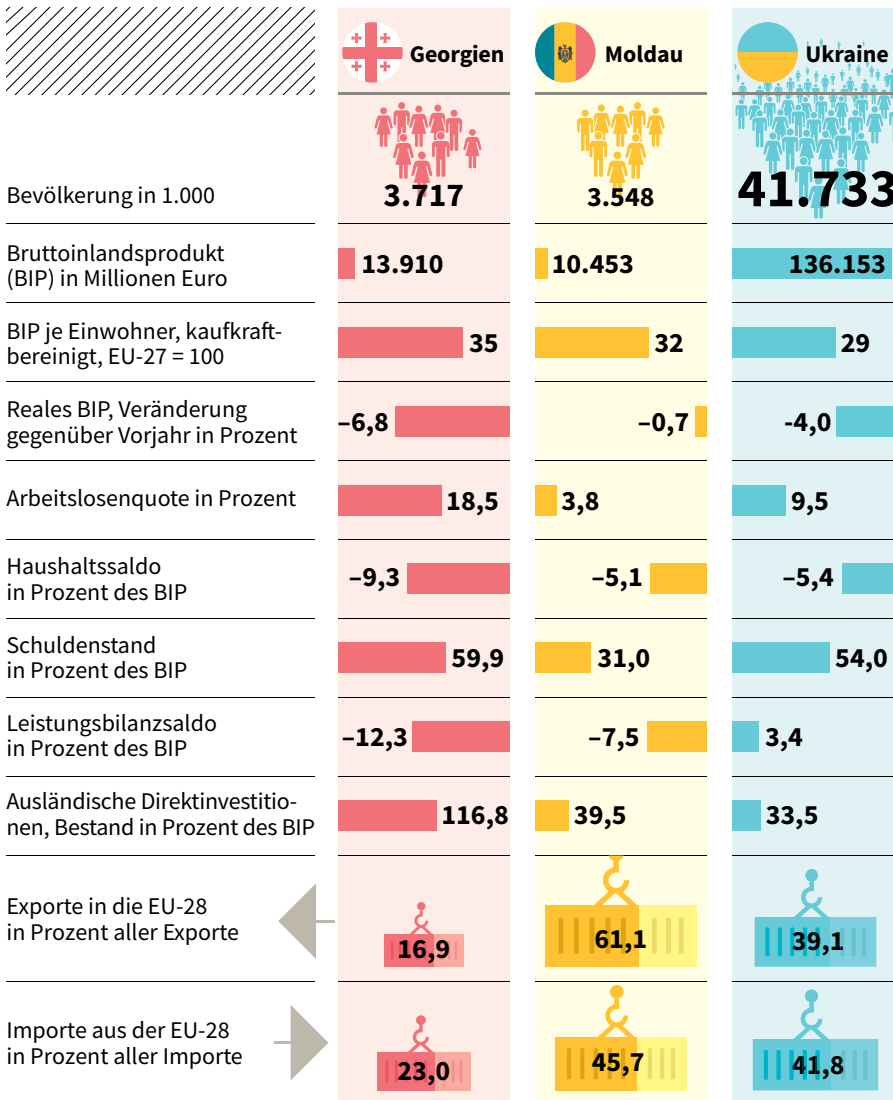
Das kaufkraftbereinigte Bruttoinlandsprodukt je Einwohner betrug 2021 in Georgien 35 Prozent, in Moldau 32 Prozent und in der Ukraine 29 Prozent des EU-Durchschnitts.

Auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind teilweise stark verbesserungswürdig. Beim Index „Ease of Doing Business“ der Weltbank landet Moldau auf Rang 48 und die Ukraine lediglich auf Platz 64 von 190 Ländern. Nur Georgien schneidet mit Rang 7 sehr gut ab. Die wirtschaftliche Freiheit ist laut Heritage Foundation in Georgien größtenteils gegeben, Moldau wird als mäßig frei, die Ukraine als größtenteils unfrei eingestuft. Die Ukraine leidet zudem nach den Angaben von Transparency International am meisten unter Korruption.

Westbalkanstaaten. Den sechs Ländern der Region – Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien – stellte die EU bereits 2003 grundsätzlich eine Mitgliedschaft in Aussicht. Um die Länder an die EU heranzuführen, wurden Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen geschlossen. Über den Beitritt verhandelt die EU mit Montenegro bereits seit dem Jahr 2012, mit Serbien seit 2014. Die Verhandlungen

Östliche Partnerschaft der EU: Die assoziierten Staaten in Zahlen

im Jahr 2021



Angaben vereinzelt geschätzt oder für Jahre vor 2020; Importe: Angaben für 2020; EU-28: einschließlich Vereinigtes Königreich

Quellen: EU-Kommission, Internationaler Währungsfonds, UNCTAD, Weltbank, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

mit Albanien und Nordmazedonien starteten erst im Juli 2022, Bosnien und Herzegowina sowie Kosovo sind nach wie vor nur potenzielle Beitrittskandidaten.

Ein wesentlicher Grund dafür, dass noch keines der sechs genannten Länder EU-Mitglied ist, dürften die politischen Instabilitäten und Streitigkeiten in der Region sein. So erkennt Serbien – wie allerdings auch einige EU-Länder – Kosovo nicht als souveränen Staat an.

Zudem wird ein wichtiges ökonomisches Beitrittskriterium verfehlt: Die Volkswirtschaften des Westbalkans sind derzeit insgesamt zu schwach, um den Marktkräften in der EU standzuhalten (Grafik Seite 12):

Die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung Kosovos erreichte 2021 nur gut ein Viertel des EU-Schnitts. Selbst das stärkste Land, Montenegro, kam lediglich auf 48 Prozent.

Auch die Rahmenbedingungen sind überwiegend suboptimal. So

landen Albanien sowie Bosnien und Herzegowina beim 190-Länder-Index „Ease of Doing Business“ der Weltbank nur auf den Plätzen 82 und 90. Ins vordere Feld schafft es nur Nordmazedonien (Platz 17). Die Heritage Foundation stuft die ökonomische Freiheit auf dem Westbalkan fast durchgängig als „mäßig“ ein und politisch sind alle Länder laut der Nichtregierungsorganisation Freedom House nur „teilweise frei“.

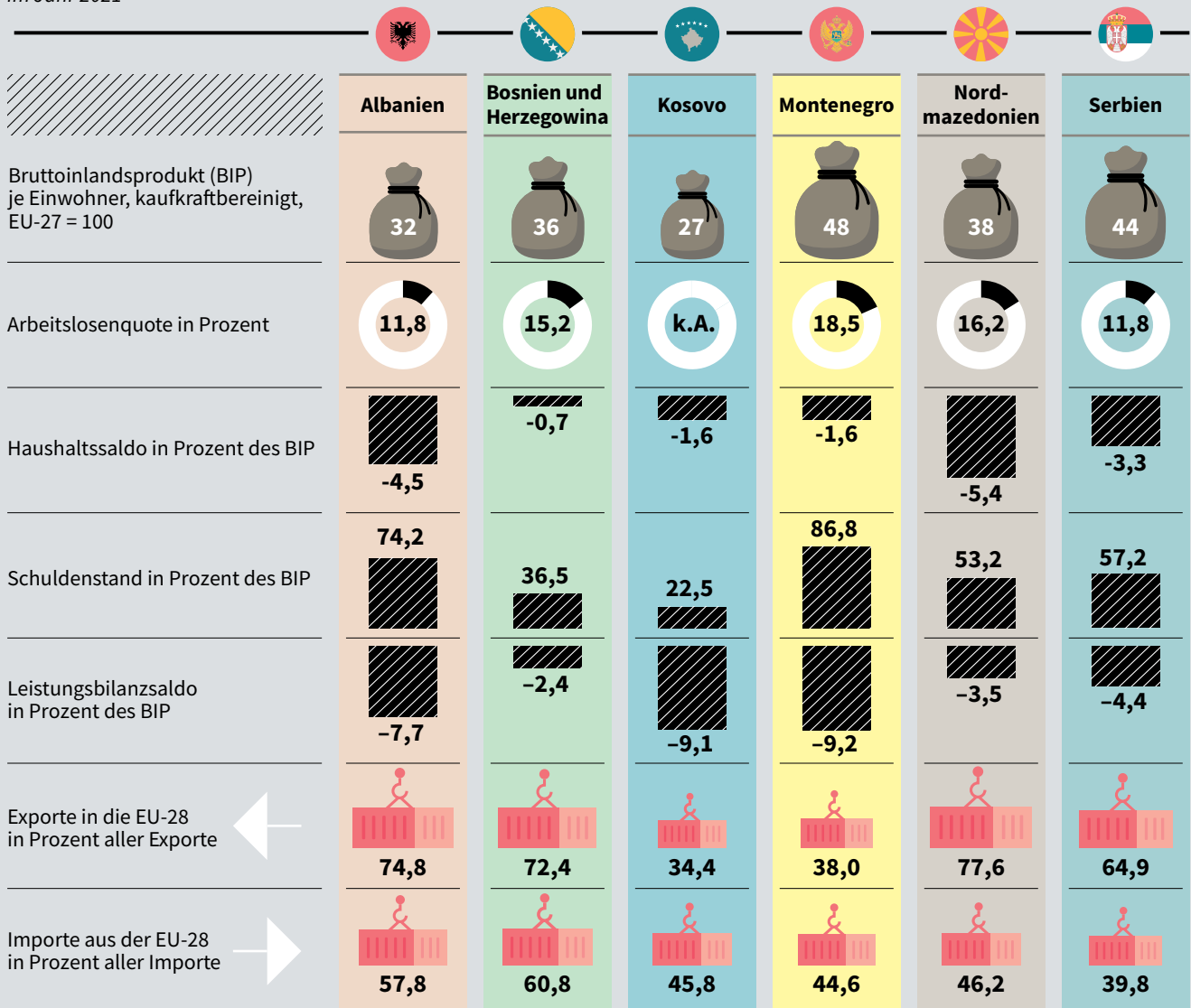
Dass eine Erweiterung der EU auf kurze Sicht unwahrscheinlich ist, liegt aber auch an der EU selbst. Denn neue Mitglieder aufzunehmen, steht in Konflikt mit dem Ziel, die Integration zu vertiefen. Bereits von den zuletzt aufgenommenen Ländern beachten längst nicht alle die Prinzipien und Werte der Gemeinschaft, wie die Streitigkeiten Brüssels mit den Regierungen Polens und Ungarns zeigen (siehe iwd 7/2022). Die EU ist also schon heute äußerst heterogen und tut sich schwer, einen Konsens für weitere Vertiefungsschritte zu finden.

In diesem Zusammenhang werden immer wieder Forderungen laut, vor der Aufnahme neuer Mitglieder zunächst die EU zu reformieren. Vor allem sollen in mehr Bereichen Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit statt einstimmig getroffen werden können. Dieser Übergang zum Mehrheitsprinzip allerdings ist im Rahmen der bestehenden Verträge nur bedingt möglich – und kann zudem von einzelnen nationalen Parlamenten durch ein Veto blockiert werden.

Diese Problematik würde durch die kurzfristige Aufnahme zusätzlicher – politisch oftmals wenig gefestigter – Mitglieder verschärft. Unterm Strich droht die EU, durch eine neue Beitrittsrunde an Integrationskraft zu verlieren.

Westbalkanstaaten in Zahlen

im Jahr 2021



EU-28: einschließlich Vereinigtes Königreich
Exporte und Importe: Angaben für 2020

Quellen: Internationaler Währungsfonds, Weltbank, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Doch welche Alternativen könnte die EU den wartenden Staaten bieten? Naheliegend, vor allem angesichts der militärischen Bedrohung durch Russland in Osteuropa, wäre eine verstärkte politische Zusammenarbeit. Für eine solche „Europäische Politische Gemeinschaft“ (EPG) hat zuletzt der französische Präsident Emmanuel Macron geworben – ein erstes Treffen zur Etablierung der EPG fand im Oktober 2022 in Prag statt. Dem Europäischen

Rat zufolge soll die EPG als Plattform den politischen Dialog und die Zusammenarbeit auf dem europäischen Kontinent fördern. Mögliche Kooperationsbereiche wären die Sicherheitspolitik, der Energiesektor, der Verkehr, die Infrastruktur sowie die Freizügigkeit von Personen.

Denkbar wäre auch, den Europäischen Wirtschaftsraum, über den Norwegen, Island und Liechtenstein mit der EU verbunden sind, zu erweitern. Dies böte eine wirtschaftliche

Teilhabe, aber keine politische Mitentscheidungsmöglichkeit. Eine Option wäre dies in erster Linie für die Länder der Östlichen Partnerschaft – angesichts ihres wirtschaftlichen Aufholbedarfs aber wohl erst nach längeren Übergangsfristen.

IW-Analysen 152

Berthold Busch, Samina Sultan: Die EU vor neuen Erweiterungen? Alternativen zur Vollmitgliedschaft
iwkoeln.de/eu_erweiterungen

Indische Stützen

Arbeitsmarkt. Zuwanderer leisten seit Jahren einen großen Beitrag zur Fachkräftesicherung in den MINT-Berufen in Deutschland. Besonders viele der ausländischen Beschäftigten kommen aus Staaten außerhalb der EU.

Unternehmen fällt es zunehmend schwer, geeignete Fachkräfte zu finden. Das gilt besonders für MINT-Tätigkeiten, also jene in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Im Oktober 2022 lag die MINT-Arbeitskräftelücke in Deutschland bei 326.100 (siehe iwd 25/2022). Zudem ist die Zahl der Studienanfänger in MINT-Fächern rückläufig:

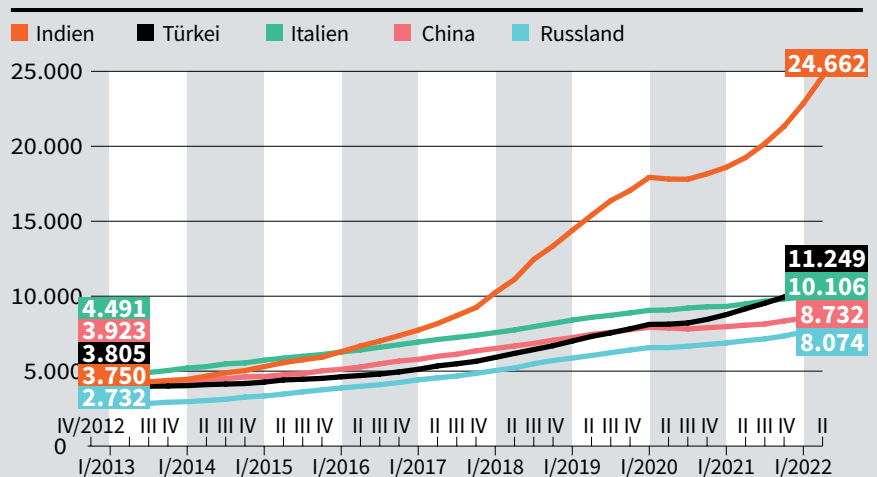
Im Studienjahr 2021/22 schrieben sich 172.000 Menschen erstmals an einer Hochschule für MINT-Fächer ein – 13 Prozent weniger als fünf Jahre zuvor.

So muss der zunehmende Bedarf an MINT-Kräften auch auf andere Weise gedeckt werden. Eine zentrale Rolle nehmen Zuwanderer ein – und das schon seit Jahren: Während in den akademischen MINT-Berufen Mitte 2022 im Vergleich zu Ende 2012 rund 36 Prozent mehr sozialversicherungspflichtig beschäftigte Bundesbürger arbeiteten, stieg die Zahl der Beschäftigten mit einer ausländischen Staatsbürgerschaft um gut 172 Prozent. Wäre die Beschäftigungsdynamik unter den Zuwanderern lediglich so hoch wie unter den Bundesbürgern, würden heute fast 100.000 Personen in akademischen MINT-Berufen zusätzlich fehlen.

Was auffällt: Unter den MINT-Zuwanderern kommen besonders viele aus Drittstaaten, also aus Ländern außerhalb der EU. Ende Juni 2022 arbeiteten in Deutschland 72.600 EU-Ausländer in akademischen MINT-

Viele MINT-Fachkräfte aus Drittstaaten

Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in akademischen MINT-Berufen in Deutschland mit dieser Staatsangehörigkeit



MINT: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik;
Länderauswahl: höchste Beschäftigungszahlen in akademischen MINT-Berufen
Quelle: Bundesagentur für Arbeit
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Jobs – 86 Prozent mehr als Ende 2012. Die Zahl der beschäftigten Akademiker aus Drittstaaten stieg im gleichen Zeitraum um 268 Prozent auf 111.400. Das spiegelt sich auch in den häufigsten Staatsangehörigkeiten von Ausländern in diesem Bereich wider (Grafik):

Die meisten ausländischen Beschäftigten in akademischen MINT-Berufen in Deutschland kommen aus Indien. Mit der Türkei, China und Russland sind drei weitere Drittstaaten unter den obersten fünf.

Vor allem für Inderinnen und Inder war der deutsche Arbeitsmarkt im MINT-Bereich in den vergangenen

Jahren sehr attraktiv: Im zweiten Quartal 2022 arbeiteten hierzulande fast 25.000 Menschen aus dem südasiatischen Staat in akademischen MINT-Berufen – dreimal so viele wie fünf Jahre zuvor. Das liegt unter anderem daran, dass die Bundesregierung seit 2012 aktiv in Indien um Fachkräfte wirbt. Zudem gibt es an deutschen Hochschulen viele indische MINT-Studenten, von denen immer mehr nach ihrem Abschluss in Deutschland bleiben.

IW-Kurzbericht 6/2023

Axel Plünnecke, Christina Anger: Akademische MINT-Berufe: Hohe Zuwächse aus Drittstaaten
iwkoeln.de/mint-drittstaaten

Barrieren für das Homeoffice

Menschen mit Behinderungen. Überall auf der Welt sind aufgrund der Coronapandemie viele Beschäftigte ins Homeoffice gewechselt. Dieser Trend zeigte sich auch bei den Erwerbstätigen mit Behinderungen, wenngleich weniger ausgeprägt.

Eigentlich bringt das Homeoffice für Erwerbstätige mit einer Behinderung viele Vorteile mit sich: Der – vor allem für mobilitätseingeschränkte Menschen oft beschwerliche – Arbeitsweg entfällt. Auch lassen sich Arbeitszeiten und Pausen im Homeoffice in der Regel flexibler gestalten, sodass zwischendurch beispielsweise die Möglichkeiten für Therapien oder andere individuelle Termine gegeben sind. Haben Beschäftigte mit einer Behinderung von dem pandemiebedingten Digitalisierungsschub also profitiert?

Leider nur bedingt, wie eine IW-Studie nun nachweisen konnte. Denn sowohl vor Ausbruch der Pandemie als auch im ersten Coronajahr lagen in Deutschland die Homeoffice-Quoten der Erwerbstätigen mit einer Behinderung unter denjenigen der Erwerbstätigen insgesamt (Grafik):

Von 2017 bis 2020 lag der Anteil der Erwerbstätigen mit einer anerkannten Behinderung, die regelmäßig von zu Hause aus arbeiten, stets etwa 3 bis 4 Prozentpunkte unter dem entsprechenden Anteil bei allen Erwerbstätigen.

Im Jahr 2020 – also im ersten Jahr der Pandemie – hat etwa jede sechste Person mit einer Behinderung oder Schwerbehinderung mindestens an einem Tag in der Woche im Homeoffice gearbeitet. Von den Erwerbstätigen insgesamt tat dies gut jeder Fünfte. In absoluten Zahlen

waren 2020 von den rund 2,8 Millionen Erwerbstätigen mit einer anerkannten Behinderung rund 469.000 regelmäßig im Homeoffice, von den 1,6 Millionen Erwerbstätigen mit einer Schwerbehinderung traf dies auf rund 273.000 Personen zu.

Ein Hauptgrund für diese Diskrepanz dürfte sein, dass sich die Berufe, denen Erwerbstätige mit Behinderung nachgehen, seltener für das Homeoffice eignen. So sind Menschen mit Behinderungen häufig in geringer bezahlten Arbeiter- und Serviceberufen tätig, die oftmals nur in Präsenz erfüllt werden können.

Dies zeigen auch Zahlen der OECD: Im Durchschnitt der OECD-Länder eigneten sich im Jahr 2019 nur 34 Prozent der Jobs von Beschäftigten mit Behinderungen für das Homeoffice, bei den Beschäftigten ohne Behinderung waren es 39 Prozent. Besonders groß ist die Differenz in zwei deutschen Nachbarländern (Grafik Seite 15):

In Luxemburg beträgt der Abstand zwischen dem Anteil der für das Homeoffice geeigneten Jobs von Arbeitnehmern mit Behinderungen und dem entsprechenden Anteil bei den übrigen Beschäftig-

Homeoffice: Erwerbstätige mit Behinderungen nutzen es seltener

So viel Prozent dieser Erwerbstätigengruppen in Deutschland haben an mindestens einem Tag in der Woche im Homeoffice gearbeitet

	2017	2018	2019	2020
Erwerbstätige mit einer anerkannten Behinderung (GdB 20 bis 100)	8,3	8,9	9,4	16,5
Erwerbstätige mit einer anerkannten Schwerbehinderung (GdB 50 bis 100)	8,9	9,5	9,9	17,0
Erwerbstätige insgesamt	11,0	11,9	12,8	20,9

GdB: Grad der Behinderung, den das Versorgungsamt auf Basis von medizinischen Unterlagen festsetzt

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2023 IW Medien / iwd

ten fast 11 Prozentpunkte, in Österreich sind es gut 8 Punkte.

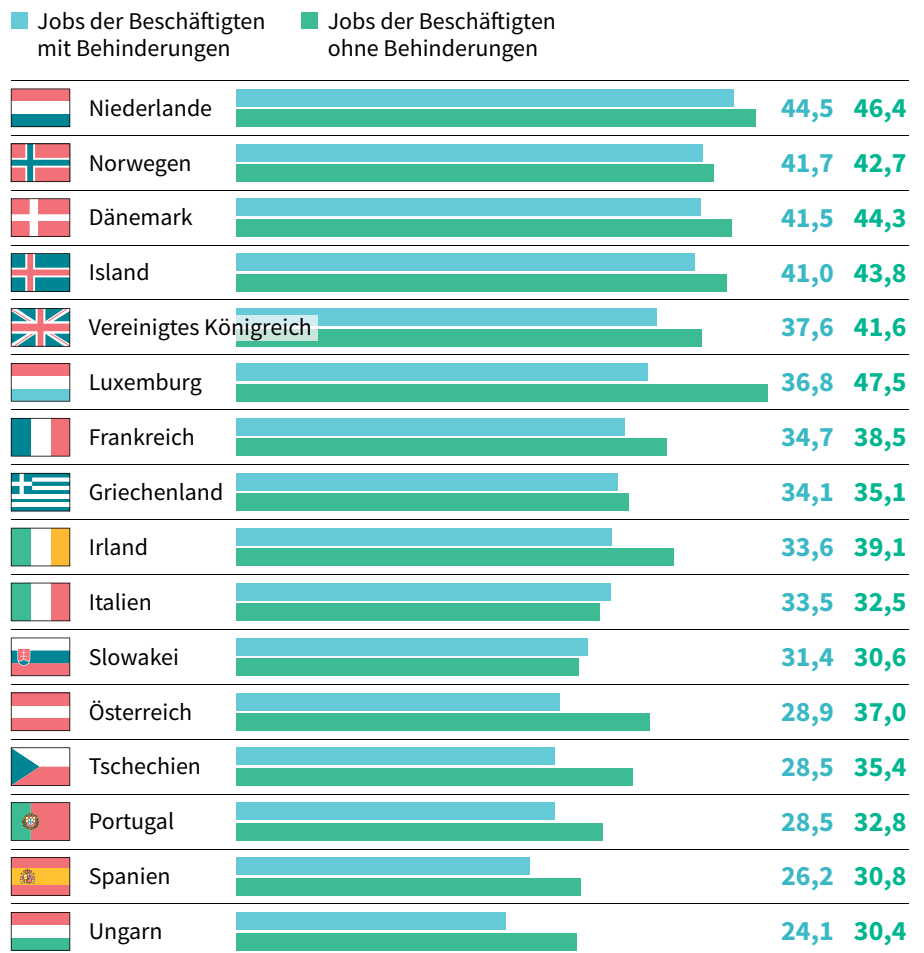
Weitere Gründe dafür, warum vergleichsweise wenige Beschäftigte mit Behinderungen im Homeoffice arbeiten, sind mangelnde IT-Kompetenz, eine fehlende behinderungsgerechte Ausstattung der Wohnung für die Arbeit, fehlende Barrierefreiheit der Hard- und/oder Software sowie Probleme mit dem Internet. Die geringere Verbreitung von Hard- und Software sowie von Internetanschlüssen in Haushalten, in denen Personen mit Behinderungen leben, trägt zu einer „digitalen Kluft“ gegenüber Menschen ohne Behinderung bei.

Die OECD empfiehlt die Arbeitsform des Homeoffice als Möglichkeit für Personen mit Behinderungen, um überhaupt auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Gleichzeitig warnt sie aber davor, das Homeoffice als Wunderwaffe für die Arbeitsmarktintegration zu propagieren.

Um Personen mit Behinderungen zu unterstützen, empfiehlt die OECD einen Blick nach Norwegen und Kanada. Beide Staaten haben große Summen investiert, um allen Bürgern den Zugang zu schnellem, sicherem und gleichzeitig bezahlbarem Internet zu ermöglichen. Zudem plädiert die Organisation dafür, für Menschen mit Behinderungen einen Anspruch auf Flexibilität des Arbeitsorts und der Arbeitszeit in Tarifverträgen oder gesetzlichen Regelungen zu verankern. Als Vorbild dafür könne der australische Fair Work Act von 2019 dienen, der nicht nur Erwerbstätigen mit Behinderungen, sondern auch Personen ab 55 Jahren, Beschäftigten mit Pflegeverpflichtun-

Homeoffice: Für Beschäftigte mit Behinderungen vielerorts weniger geeignet

So viel Prozent der Jobs in diesen Ländern eignen sich für das Homeoffice



Stand: 2019; Island, Irland, Italien: 2018; Vereinigtes Königreich: 2016
Quelle: OECD
© 2023 IW Medien / iwd



gen sowie Eltern mit Kindern unter sechs Jahren flexible Arbeitsbedingungen wie das Homeoffice einräumt, wenn keine betrieblichen Umstände dagegensprechen.

Auch „Third Places“, also soziale Orte außerhalb des eigenen Zuhauses und der Arbeitsstätte, bieten sich als Alternative für Beschäftigte mit Behinderungen an, da sie inspirieren und der sozialen Isolation vorbeu-

gen. Denkbar sind etwa Arbeitsplätze mit einem Screenreader für Blinde in öffentlichen Bibliotheken oder für Rollstühle zugängliche Büros in Gemeindezentren.

IW-Report 10/2023
Christiane Flüter-Hoffmann/Patricia Traub:
Menschen mit Behinderungen im Homeoffice –
Erleichterung für die Inklusion?
iwkoeln.de/mmb-homeoffice

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber
Grafik: IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,55/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · **Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail:** datschutz-iwd@iwmedien.de.





Bürokratie – lästiges Übel für Unternehmen und Privathaushalte? Oder ein unverzichtbarer Bestandteil der marktwirtschaftlichen Ordnung? Über diese Grundsatzdebatte hinaus will der „Wissenschaftspreis Bürokratie“ Wissenschaftler dazu anregen, sich mit der Arbeitsweise, der Entwicklungsdynamik und der Wirkung von Bürokratien zu beschäftigen. Zum fünften Mal schreiben die Stiftung Wissenschaftspreis Bürokratie im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) den Preis aus, der vom IW-Gründungsdirektor Fritz Hellwig gestiftet wurde. Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert und wird für wissenschaftlich fundierte Monografien und Publikationen in wissenschaftlichen Zeitschriften vergeben. Über die Preisträgerin oder den Preisträger entscheidet eine fünfköpfige Jury, der unter anderem IW-Direktor Michael Hüther angehört. Einsendeschluss ist der 31. März 2023, die Preisverleihung findet im Herbst 2023 statt.

Top-Liste: Korruption

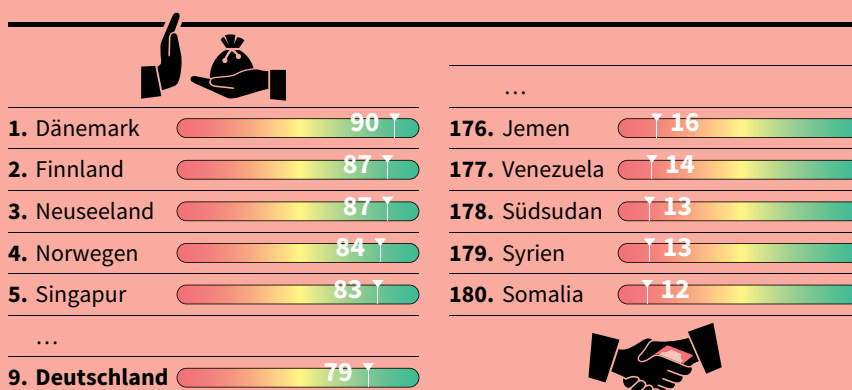
Korruption gibt es überall auf der Welt, aber in manchen Ländern ist sie in Politik und Verwaltung besonders stark. Die Organisation Transparency International veröffentlicht jedes Jahr einen Index, der anhand von Experteneinschätzungen den Korruptionsgrad von 180 Ländern vergleicht.

Im Jahr 2022 war Dänemark kaum anfällig für Korruption und belegte wie in den Vorjahren den ersten Platz des Rankings. In der Spitzengruppe finden sich insbesondere Staaten mit einer starken Demokratie wie Finnland, Norwegen und Neuseeland. Ganz anders ist die Lage in Somalia, Syrien und dem Südsudan – den Schlusslichtern des Rankings. Dort lassen gewaltsame Konflikte staatliche Institutionen zerfallen.

Deutschland gehört mit 79 von 100 Punkten zwar noch zur Top Ten der Länder mit der geringsten Korruption im Jahr 2022. Allerdings ist das die niedrigste Punktzahl seit 2014. Skandale wie die Maskenaffäre oder Cum-Ex haben das Vertrauen in Politik und Wirtschaft geschwächt.

Wie korrupt ist die Welt?

Für so korrupt hielten im Jahr 2022 Experten und Führungskräfte im öffentlichen Sektor diese Länder auf einer Skala von 0 (sehr korrupt) bis 100 (nicht korrupt)



Quelle: Transparency International
© 2023 IW Medien / iwd

iwd

Interessenten wenden sich bitte an:

Institut der deutschen Wirtschaft
Prof. Dr. Hubertus Bardt
Postfach 10 19 42
50459 Köln

E-Mail: wissenschaftspreis-buerokratie@iwkoeln.de